

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT
Dienst Mittel-/Osteuropa - ECE/UNO

Arbeitsbesuch von Staatssekretär K. Jakobi in der UdSSR vom 14.-20. November 1991

Bern, 11. November 1991

USSR 127

Notiz

Neuere Entwicklungen und Perspektiven im Handelsaustausch zwischen der Schweiz und der Sowjetunion

1. Allgemeines

Die schwere Wirtschaftskrise in der Sowjetunion, eine Folge innenpolitischer Probleme (Machtkampf zwischen Union und Republiken, Nationalitätenkonflikte, soziale Unruhen etc.) und des Zusammenbruchs des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, hat sich im laufenden Jahr weiter verstärkt. Der gescheiterte Putsch vom August d. J. hat vorerst zu einer Klärung der politischen Fronten geführt, eine unwiderrufliche Wende in bezug auf eine Hinwendung zur Marktwirtschaft lässt hingegen noch auf sich warten. Zwar haben zehn der verbleibenden zwölf Sowjetrepubliken den mit dem Zentrum ausgearbeiteten Wirtschaftsvertrag nach langem Zögern unterschrieben, einstweilen ist er aber nicht mehr, als ein Stück Papier. Alles wird letztlich von den bilateralen Zusatzprotokollen abhängen, die die einzelnen Republiken untereinander abschliessen werden. Um die bisher verschleppte Wirtschaftsreform endlich in Gang setzen zu können, hat der russische Präsident Jelzin sich neue Vollmachten vom Parlament geben lassen. Am 5. November kündigte er zudem an, der Handel mit dem Ausland werde stark erleichtert und der Rubel konvertierbar gemacht. Eine Reihe von weiteren Massnahmen, wie die Abschaffung der Import- und Exportsteuern für Güter und Dienstleistungen oder die Genehmigungspflicht für Ein- und Ausfuhren, sollen - neben einer Freigabe der Preise - den Reformen Ausdruck verleihen. Beabsichtigt wird ferner, das geltende Staatsmonopol für den Export anfangs 1992 zu streichen.

2. Importe

Gemessen an den absoluten Zahlen, sind die schweizerischen Importe aus der Sowjetunion in den ersten neun Monaten 1991 massiv, nämlich um 121 Prozent, angestiegen. Dies ist vor allem auf die **Verkaufsteigerung sowjetischer Edelmetalle** (Platin; ohne Gold in Barren) über den Finanzplatz Schweiz zurückzuführen, mit denen Moskau den akuten Devisenmangel zu beheben versucht. Auch bei den Metallen und Metallwaren verzeichnet man Mehreinfuhren von 57%, nämlich für einen Betrag von 14 Mio. (1990 9Mio. Fr.) Die schweizerischen

Importe aus der Sowjetunion erreichten laut Aussenhandelsstatistik bis Ende September 1991 rund **Fr. 671 Mio.** (im Vorjahresvergleich Fr. 302 Mio.). Allerdings entfallen allein auf die Position Edelmetalle, Bijouterie und Münzen Fr. 493 Mio. (im 1. Quartal 90: Fr. 125 Mio.). Wird hievon abstrahiert, ist die Einfuhr in den meisten übrigen Bereichen rückläufig. Ausnahmen bilden einzig kleine Positionen wie landwirtschaftliche Produkte (Alkoholika), Textilien und Bekleidung.

Die Importe von **Energieträgern** nahm um 8 Prozent ab und beliefen sich auf Fr. 130 Mio. (Jan. bis Sept. 90: 140 Mio.). Im Jahre 1988 wurden für insgesamt 134 Mio., 1989 für 187 Mio. und 1990 für 180,7 Mio. Franken Energieträger eingeführt. Somit dürfte der heutige Energieimport wertmässig etwas unter jenem des Jahres 1989 zu liegen kommen. Im Vergleich dazu notierte man im Jahre 1980 Energieeinfuhren im Wert von 1,3 Milliarden Franken, was siebenmal mehr war als 1990.

3. Exporte

Die schweizerischen Exporte erlebten in den ersten 9 Monaten 91 einen Rückgang von gut 40 Prozent, wobei der Löwenanteil auf den Maschinensektor entfällt. Im Vorjahresvergleich wurden fast 50 Prozent weniger Maschinen abgesetzt. Der Verkauf von chemischen Produkten verringerte sich um 35 Prozent und Pharmazeutika wurden noch für Fr. 23 Mio. exportiert, was einem Rückgang von 60 Prozent entspricht (1990: Fr. 59 Mio.).

Gesteigert werden konnten die Exporte von landwirtschaftlichen Produkten (16% auf Fr. 6 Mio.), Kunststoffen und Kautschuk (14% auf Fr. 11 Mio.), Textilien und Bekleidung (54% auf Fr. 5 Mio.), Waren aus Steinen, Keramik und Glas (154% auf Fr. 2 Mio.) sowie Möbel, Bettzeug usw. (76,% auf Fr. 4 Mio.). Im Gesamtzusammenhang sind diese Positionen allerdings kaum von Bedeutung.

Die **Handelsbilanz**, die in jüngerer Vergangenheit positiv ausfiel, schliesst nach neun Monaten infolge der grossen Edelmetallimporte, mit einem **Defizit von Fr. 213 Mio.** 1990 ist noch ein Handelsbilanzüberschuss von Fr. 475 Mio. verzeichnet worden.

4. Perspektiven

Der Vertrag, welcher die wirtschaftlichen Beziehungen der Unionsrepubliken untereinander regeln soll, haben, wie oben erwähnt, 10 Republiken unterzeichnet. Aserbajdschan und Moldowa weigerten sich bis anhin. **Der Wirtschaftsvertrag anerkennt die einzelnen Republiken als souveräne Staaten.** Der misslungene Putsch hatte in weiten Landesteilen der Union zu einer Welle von Souveränitätserklärungen geführt. Das Ausland reagierte darauf

(von den baltischen Staaten abgesehen) vorläufig mit Zurückhaltung. (Am 9.11.91 hat die Türkei Aserbajdschan als unabhängigen Staat anerkannt.) Die heutigen Wirtschaftsstrukturen mit ihren weitverbreiteten **Staatsmonopolen**, eine Folge der unter der früheren Zentralregierung planmässig geförderten Interdependenz, bewirken, dass die Republiken noch auf längere Sicht auf Gedeih und Verderben werden zusammenarbeiten müssen.

Die Schwächung der zentralen sowjetische Machtstrukturen und das Erstarren der Republiken verlaufen parallel. Wurde die "alte Union" von oben her geschaffen, wachsen die neuen Strukturen von unten heran. Die bilateralen, schweizerisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen werden dadurch unmittelbar tangiert. Unsere Aussenwirtschaftspolitik hat sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Es ist absehbar, dass die Republiken ihre Wirtschaftspolitik künftig weitgehend auch selbst bestimmen werden. Somit werden die Ansprechpartner der Schweiz künftig die Behörden und Wirtschaftsvertreter der Republiken sein.

Die wichtigste Republik für die schweizerische Wirtschaft ist zweifellos Russland. 148 Mio. von insgesamt 290 Mio. Sowjetbürgern sind Russen. 61 Prozent der sowjetischen Produktionsleistung wird durch Russland erbracht. Die Dominanz dieser Republik ergibt sich zudem aus dem Umstand, dass 90 Prozent der sowjetischen Oelproduktion und 3/4 des sowjetischen Territoriums russisch sind. Russland ist relativ autark, gehen doch bloss 18 Prozent seiner Produktion (sog. NMP, net material product, d.h. "BSP" ohne Dienstleistungen) in andere Republiken. Der Abhängigkeitsgrad anderer Republiken liegt weit höher. Während rund 39 Prozent des ukrainischen NMP in andere Regionen "exportiert" werden, beläuft sich dieser Anteil im Falle Weissrusslands auf 70 Prozent. Ein wirtschaftliches Zerfallen der UdSSR hätte für Russland somit weit geringere Folgen, als etwa für Weissrussland und andere Republiken.

Schweizerischerseits sind unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorerst Kontakte mit Russland, der Ukraine, Weissrussland, Kasachstan und Usbekistan zu knüpfen. Die einzelnen Prioritäten sind in enger Absprache mit der Wirtschaft festzulegen. Angesichts der völlig neuen Machtverhältnisse in der Sowjetunion **besteht ein ausgesprochener Handlungsbedarf in bezug auf die Neubestimmung der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik gegenüber der Sowjetunion.** Da das sowjetische Ministerium für Aussenwirtschaftsbeziehungen, welches früher Hauptansprechpartner des BAWI war, noch in diesem Jahr aufgelöst wird und über die neuen Strukturen Unklarheit besteht, wird nach Weisung des Staatssekretärs für Aussenwirtschaft in Kürze eine aus Vertretern des BAWI und Repräsentanten der Spitzenverbände der Wirtschaft und Banken bestehende Delegation in die Sowjetunion reisen. Ihre Aufgabe wird es sein, mit den Wirtschaftsbehörden der Republiken zusammenzutreffen, um namentlich abzuklären, inwieweit das wirtschaftliche, bilaterale Vertragsgeflecht ausgeweitet und verdichtet werden kann.

In geographischer Hinsicht bedeutet die "Aktivierung" Russlands, der Ukraine und allenfalls anderer Republiken, dass neu ein Raum grösser als Nordamerika abzudecken sein wird, welcher aussenwirtschaftlich wegen des grossen Rohstoff- und Nachfragepotentials für **unsere Wirtschaft von ausserordentlichem Interesse ist.**

5. Hilfeleistung zu Gunsten der Sowjetunion im Rahmen der Weltbank: Trust Fund für die UdSSR (30 Mio \$)

- Die Position der Schweiz wurde bis heute noch nicht abschliessend festgelegt. Versprechungen gegenüber sowjetischen Gesprächspartnern sollten in dieser Hinsicht unterbleiben.

Die Weltbank hat mit der Sowjetunion am 5. November 1991 in Moskau ein Abkommen über 30 Mio. \$ im Rahmen der geplanten technischen Zusammenarbeit unterzeichnet. Da die von der Sowjetunion benötigten Mittel bedeutend höher sind, ist die Weltbank auf der Suche nach neuen Finanzquellen für den Trust Fund.

Grundsätzliche Haltung der Schweiz

Die Möglichkeit einer Teilnahme der Schweiz am genannten Weltbank-Trust Fund für die UdSSR in der Höhe von rund 3%, das heisst von 1 Mio. US \$ (ca 1,5 Mio. SFr) wird gegenwärtig verwaltungsintern geprüft.

Grundsätzlich ist das EDA damit einverstanden, dass von dem Ende letzten Jahres vom Bundesrat ausserhalb des 250 Mio Fr. Rahmenkredites gesprochenen Kredit von 5 Mio Fr. für die Sowjetunion für technische Zusammenarbeit, 1-2 Mio. Fr. für den Trust Fund eingesetzt werden.

Mögliche Bedingungen schweizerischerseits für ein entsprechendes Abkommen mit der Welt Bank wären:

1. Bindung an schweizerische Konsulentendienste.
2. Mitentscheid bei der Auswahl der Mandate, resp. Konsulenten.
3. Prioritäre Sektoren (z.B. Umwelt) könnten festgelegt werden.


i.A. Leo Ribeli

Kopie an: Schweizer. Botschaft, Moskau
blf, ari, maz, esh, dej, rib